

Hoesch Dortmund:

„Stahlwerk jetzt“

Die Auseinandersetzung um den Stahlwerksneubau



Wenn wir das Stahlwerk
nicht bekommen
wird uns die Existenz
genommen!

Bereits Anfang letzten Jahres war der Abbau von 4200 Arbeitsplätzen bei Hoesch beschlossen und ein Sozialplan ausgehandelt worden (vgl. Arpo 3/80, S. 18ff.). Damit sollte das Kostensenkungsprogramm durchgeführt und die Modernisierung der Stahlbasis eingeleitet werden, die der Hoesch-Vorstand in Aussicht gestellt hatte. Bis 1985 sollten demnach die veralteten SM-Werke stillgelegt und stattdessen ein neues Blasstahlwerk gebaut werden, für das Bund und Land bereits 240 Mio. DM an Unterstützungshilfen zugesagt hatten. Betriebsrat und IG Metall waren erleichtert und glaubten, dadurch das Schlimmste verhütet und die übrigen Arbeitsplätze gesichert zu haben. Ohne das neue Stahlwerk würden nämlich statt 4200 weit mehr als 10000 Arbeitsplätze bei Hoesch verloren gehen, ganz abgesehen von den Folgewirkungen auf den gesamten Dortmunder Wirtschaftsraum. Unmittelbar nach der Bundestagswahl im Oktober erklärte allerdings Vorstandschef Rohwedder, daß der geplante Stahlwerksneubau ausgesetzt werden müsse, weil die vorhandenen Kapazitäten durch die Stahlkrise zu nur 60% ausgelastet seien und Hoesch sich in den roten Zahlen befände.

Die Stahlkrise verschärft sich drastisch

Nach den Boomjahren 1973/74 war die Rohstahlproduktion rapide abgefallen. Allein in der BRD war sie innerhalb eines Jahres von 53,2 Mio. t auf 40,4 Mio. t, also um fast ein Viertel, zurückgegangen. Gleichzeitig wuchsen jedoch die Kapazitäten weiter an, da in der Hoffnung auf eine anhaltende Produktionsausweitung zuvor noch kräftig investiert worden war. Die Auslastung der Anlagen sank schließlich von 88,1% auf 57,9% im Jahre 1977 ab. Kurzarbeit, Stilllegungen (Saar), beschleunigte Rationalisierung und Arbeitsintensivierung waren die Folge (vgl. Arpo 4/78, S. 14ff. und Arpo 5/78, S. 12ff.).

Als Reaktion auf die Stahlkrise hatte sich die EG-Kommission zunächst darauf beschränkt, den Konzernen globale Orientierungsdaten vorzugeben, um besser planen zu können. Im November 1976 legte sie schließlich einen Krisenplan vor. Die Stahlkonzerne einigten sich daraufhin, ihre Produktionsmengen freiwillig zu beschränken. Dieses Quotenkartell (*„Eurofer 1“*), das insgesamt 40% der europäischen Stahlerzeugung umfaßte, trat ab Januar 1977 in Kraft und war auf einen Zeitraum bis Ende 1980 befristet. Für bestimmte Produkte führte die EG-Kommission außerdem Mindest- und Orientierungspreise ein. — Nachdem sich der Stahlmarkt beruhigt hatte, und die Rohstahlproduktion wieder angestiegen war (in der BRD von 38 Mio. t 1977 auf 46 Mio. t 1979), folgte im letzten Jahr ein erneuter Rückschlag. Die Produktion und die Auslastung der Kapazitäten nahmen ab, und die Stahlkrise brach im Sommer 1980 wieder offen aus. Schon vorzeitig zerfiel daran auch das freiwillige Produktionsquotenkartell, da Klöckner und der italienische Stahlkonzern Italsider ausscherten. In dieser Situation griff die EG-Kommission ein, um den drohenden Konkurrenzkampf wegen seiner verheerenden Auswirkungen abzufangen: Die Regierungen fürchten nämlich die unabsehbaren, politischen Folgen, die das *„freie Spiel der Kräfte“* hervorrufen würde, da in kürzester Zeit Tausende von Arbeitsplätzen verloren gingen. Aber auch die *„Schutzmaßnahmen“* der EG können die Folgen der Krise nicht verhindern, sondern nur hinauszögern.

Da die europäischen Stahlkonzerne sich untereinander nicht mehr darauf einigen konnten, ihre Produktionsmengen weiterhin freiwillig zu begrenzen, nahm die EG-Kommission

Ende Oktober selbst die Zuteilung der Produktionsquoten vor, indem sie vom Krisenartikel 58 des Montanunionvertrags Gebrauch machte. Vor allem die westdeutschen Stahlkonzerne hatten versucht, sich dagegen zu sperren, und Wirtschaftsminister Lambsdorff sah in der Zwangsquotierung eine Bestrafung der unternehmerischen Leistung, weil es gerade die bundesdeutsche Stahlindustrie schon frühzeitig verstanden hätte, die Produktion aus eigener Kraft zu modernisieren, ohne — wie in anderen Ländern — auf staatliche Subventionen angewiesen zu sein, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Nach seiner Auffassung werde eine solche Regelung zudem allein in der BRD zum Verlust von mindestens 8000 Arbeitsplätzen führen, was aber von der IG Metall als »reine Panikmache« bestritten wurde. Dadurch, daß den westdeutschen Stahlkonzernen ein Anteil in Höhe von rund einem Drittel erhalten blieb, wurde jedoch der Brüsseler Kompromiß auch für sie noch akzeptabel, und inzwischen haben sich die Stahlkonzerne auch damit vorübergehend arrangiert.

Insgesamt sieht die neue Quotenregelung, die bis zum 30. Juni 1981 befristet ist, den Abbau von rund 35 Mio. t Jahreskapazität innerhalb der EG vor. Das entspricht einem Anteil von etwa 17%. Wohlweislich wird aber verschwiegen, welche Produktionsquoten auf die einzelnen Konzerne entfallen. Die Auswirkungen ihrer Sanierungspolitik werden trotzdem spürbar. Während auf der einen Seite die Produktion in die Dritte Welt verlagert wird (so investiert z. B. Thyssen in Brasilien, Hoesch in Saudi-Arabien oder neuerdings Krupp in Libyen)¹, wird innerhalb der EG immer mehr Kapital vernichtet und auf die verbleibenden gewinnträchtigen Anlagen konzentriert und zusammengezogen, so daß Tausende von Arbeitsplätzen verlorengehen. Selbst ganze Werke fallen so dem Sanierungsplan zum Opfer. Hoesch in Dortmund oder die Maxhütte (Klöckner) in Sulzbach-Rosenberg trifft es dabei nur als Erste.

Die Stahlkonzerne handeln auch nicht auf eigene Faust. Die Entscheidungen der Unternehmensleitungen sind vielmehr Teile eines Gesamtkonzepts, an dem das Finanzkapital federführend beteiligt ist. So berichtete die »Frankfurter Rundschau« am 23. September 1980: »Bereits im Juli hat, wie erst jetzt bekannt wird, das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank F. Wilhelm Christians die Stahlbosse zu dem Düsseldorfer Haus seines Geldinstitutes gebeten und sich — angeblich auch im Namen der anderen Banken — um eine Einigung bemüht. ... Für Gerüchte, wonach der Bankier — sein Haus ist bei allen Stahlunternehmen am Rhein und Ruhr führend engagiert — die Gesprächsteilnehmer durch Winke mit dem Kredit-Zaunpfahl einigungswilliger gemacht haben soll, gibt es keine Bestätigung. Indessen gilt es in Düsseldorf als offenes Geheimnis, daß die Großbanken die Stahlindustrie immer nachdrücklicher auf engagierte Kostensenkungs- und Rationalisierungsprogramme drängen, um ständige Verlustquellen zu stopfen. Dem Vernehmen nach werden bei neuen Kreditwünschen recht enge Maßstäbe angelegt.«

Die »Grenzbetriebe« trifft es am härtesten

Die Hoesch-Hüttenwerke trifft der einschneidende Sanierungsplan keineswegs unerwartet, auch wenn sowohl die SPD wie die IG Metall bemüht waren, die Belegschaft zu beruhigen, um keine »Panikstimmung« aufkommen zu lassen. Bereits in der Vergangenheit war immer wieder auf die ungünstige Situation von Hoesch hingewiesen worden, die sich um so nachteiliger bemerkbar machen mußte, je größer die Konkurrenz auf dem internationalen Stahlmarkt würde, je weniger also die Vorteile (tiefgestaffelte Weiterverarbeitung in Dortmund und Nähe zum Verbraucher) noch ins Gewicht fallen könnten.²

Abseits von der Rheinschiene verursacht der Standort in Dortmund erhebliche Mehrkosten für den Transport, der

hauptsächlich über die Schiene abgewickelt werden muß (bis zu 10 DM/t). Hinzu kommt die ungünstige Lage der Hüttenwerke in Dortmund selbst, die sich auf drei Standorte inmitten von Wohngebieten verteilt und zusätzliche Kosten von jährlich 70 bis 80 Mio. DM erfordert. Und schließlich sind auch die Produktionsanlagen weitgehend veraltet, denn Hoesch erzeugt als einziges Stahlwerk der BRD noch rd. 40% seines Stahls in SM-Öfen, die ansonsten schon fast völlig ausgemustert und durch moderne Blasstahlwerke ersetzt worden sind.

Gerade die Modernisierung der veralteten Anlagen ist schon seit vielen Jahren in Aussicht gestellt, aber nie verwirklicht worden. Bereits Anfang der 70er Jahre sollten die SM-Öfen durch den Neubau eines Blasstahlwerks abgelöst werden. Diese Zusage hatte der Hoesch-Vorstand deshalb gemacht, weil befürchtet wurde, daß mit der damals bevorstehenden Fusion von Hoesch und Hoogovens eine Produktionsverlagerung an die Nordseeküste eingeleitet werde. Obwohl Ende Dezember 1971 sogar demonstrativ der erste Spatenstich dazu gemacht wurde, war es doch nur eine Beruhigungsspiel für die Belegschaft, denn statt eines Neubaus in Dortmund wurde nach vollzogener Fusion zu der Zentralgesellschaft Estel der Löwenanteil in das holländische Küstenwerk in Ijmuiden investiert, während die Hüttenwerke in Dortmund stagnierten.

Auch wenn der Hoesch-Vorstand noch eine Zeit lang seine Neubaupläne bekräftigte, bevor er sie endgültig begrub, waren mit der Fusion bereits die entscheidenden Weichen gestellt. Das »Handelsblatt« (14./15. Januar 1972) schrieb denn auch vorausschauend: »Die Konsequenz ist ganz eindeutig, daß erstens es in absehbarer Zeit in Dortmund unwirtschaftlich wird, Stahl zu erzeugen, sonst würde nämlich der Hauptvorteil der Fusion nicht wahrgenommen werden können, und daß zweitens danach wohl auch die Weiterverarbeitung in Dortmund eingeschränkt werden dürfte. ... Es wäre ein reines Wunder, wenn in, sagen wir 15 Jahren, bei der gegenwärtigen Entwicklung der Dinge, Dortmund noch eine bedeutende Rolle in der europäischen Stahlindustrie spielen würde.« Statt die SM-Öfen zu ersetzen, wurden sie vielmehr in der Folgezeit mit einem Kostenaufwand von rd. 150 Mio. DM entstaubt und betriebsfähig erhalten. Trotzdem war klar, daß ihre Betriebsdauer Anfang der 80er Jahre auslaufen würde, obwohl der Hoesch-Vorstand die Zukunftsaussichten nach wie vor optimistisch schilderte. Noch im Frühjahr 1979 behauptete er: »Wir brauchen keine neue Stahlkonzeption.« »Die SM-Werke reichen aus bis in die neunziger Jahre.« »Betriebsstillegungen sind nicht geplant.«

Was ist ein Blasstahlwerk? — Das Hin und Her um ein neues Stahlwerk

Gegen Jahresende 1979 änderte sich der Ton.³ Der Estel-Vorstand stellte wieder laut Überlegungen an, die Produktion in Dortmund umzustrukturieren. Erneut wurde der Neubau eines Blasstahlwerks als Ersatz für die SM-Öfen in Aussicht gestellt, und der angehende Hoesch-Vorstandschef Rohwedder (als SPD-Staatssekretär mit guten Verbindungen und einschlägigen Erfahrungen bei der Sanierung an der Saar) rechnete dabei mit finanzieller staatlicher Hilfe. »Allerdings hielt es der (noch amtierende) holländische Unternehmenschef wirtschaftlich auch durchaus für vorstellbar, daß die Dortmunder Produktionsstätte schrumpfen könne, was erhebliche soziale Konsequenzen mit sich bringen würde, bei einem Verlust von mehr als 10 000 Arbeitsplätzen. ... Mit allen Mitteln und ohne Angst vor Konsequenzen, so Hooglandt, müsse der Vorsprung vor anderen Stahlunternehmen gehalten werden.« (=Westdeutsche Allgemeine« vom 23. November 1979)

Die Furcht vor einschneidenden Stilllegungsmaßnahmen wuchs. Schnell sicherten Bund und Land Mittel zur Finanzierung des Stahlwerkneubaus zu, um das Schlimmste zu verhüten (insgesamt 243 Mio. DM für das 500-Mio-Projekt), obwohl sie sich damit der Kritik von der CDU wie anderer Stahlkonzerne aussetzten. Zunächst Landtags- und dann Bundestagswahlen standen bevor. Damit die Stahlbasis Dortmund bis ins Jahr 2000 gesichert werden könne, verlangte aber der Hoesch-Vorstand, der mit dem Neubau Anfang 1981 beginnen wollte, als Vorleistung der Belegschaft die Zustim-

¹ Zwischen 1974 und 1979 belief sich der Kapitalexport der westdeutschen Stahlindustrie, die damit noch vor der Chemie- und Elektroindustrie rangierte, auf 3,7 Mrd. DM.

² Im Vergleich zu Duisburg etwa wird die Mehrbelastung bei der Stahlerzeugung in Dortmund auf insgesamt 25 bis 30 DM/t geschätzt.

³ Inzwischen waren auch die Preise für Schrott, mit dem die SM-Öfen überwiegend beschickt werden, von 150 DM/t 1978 auf 260 DM/t angestiegen.

mung zum Abbau von 4200 Arbeitsplätzen bis Ende 1983, wenn auch der letzte SM-Ofen auslaufen sollte. Betriebsrat und IG Metall willigten sofort ein, und ein Sozialplan in Höhe von 65 Mio. DM wurde abgeschlossen; zwei RGO-Betriebsräte, die die Belegschaft darüber genauer informiert hatten, wurden sogar entlassen, mußten jedoch später wieder eingestellt werden (vgl. Arpo 3/80, S. 18ff.). Neben der natürlichen Fluktuation zielte der Sozialplan vor allem auf die über 55jährigen Stahlarbeiter, die unter bestimmten Voraussetzungen vorzeitig ausscheiden konnten.

Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Landtagswahl in NRW verbreiteten SPD und IG Metall Erleichterung und Zuversicht. Der IGM-Ortsbevollmächtigte beruhigte: *„Lieber 4200 mit Spar- und Sozialprogrammen opfern, als 10000 verlieren, wenn das Stahlwerk nicht gebaut wird. ... Ich glaube immer noch an das Wort des Vorstandes.“* Und der SPD-Oberbürgermeister meinte: *„Ich glaube, wir können sagen, die Bürger der Stadt sind erleichtert; das muß doch begriffen werden: ohne Hoesch mit seinen Töchtern und den über 40000 Arbeitsplätzen läuft nichts.“*

Wer sich von diesen Zweckbehauptungen noch täuschen ließ, mußte jedoch bald eines Besseren belehrt werden. Je mehr sich die Stahlkrise offen zeigte, desto deutlicher zeichneten sich auch die tatsächlichen Umriss des Sanierungsprogramms von Hoesch ab. Die alten SM-Öfen werden früher als geplant stillgelegt: von insgesamt 3 SM-Werken bereits eins im Juli und ein zweites Anfang November 1980. Zur gleichen Zeit wird auch wieder Kurzarbeit eingeführt: im August für 1350 und im September für weitere 1600 Arbeitskräfte. Ende Juli vereinbarten schließlich Hoesch und Krupp, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu prüfen, um die Investitionen aufeinander abzustimmen. Der »Spiegel« (31/1980) spricht von einer »Pseudo-Fusion«, und die Belegschaft muß befürchten, daß anstelle eigener Rohstahlerzeugung die Halbzeuglieferungen aus Ijmuiden (Hoogovens) und Rheinhausen (Krupp) ausgebaut werden und das Dortmunder Werk auf die Weiterverarbeitung zusammengezogen wird. — Wieder stehen Wahlen vor der Tür, und mit Hinweis auf die zugesicherten Kredite rühmt sich die SPD in ihrer Wahlkampfzeitung: *„Bonn rettet Stahl-Arbeitsplätze im Revier“* (»Zeitung am Sonntag« vom 5. Oktober 1980).

Die völlige Ernüchterung erfolgt kurze Zeit später. Schon Mitte Oktober kommt der Verdacht wieder stärker auf, Hoesch werde kein neues Stahlwerk mehr bauen, und bald darauf erklärt Vorstandschef Rohwedder auch tatsächlich, wegen der veränderten Lage auf dem internationalen Stahlmarkt könne zunächst nicht an einen Stahlwerksneubau gedacht werden. Hoesch weist auf seine Verluste hin, die allein von Januar bis September 1980 rd. 200 Mio. DM ausgemacht hätten; nur in der Weiterverarbeitung sollen im gleichen Zeitraum Gewinne in Höhe von 60 Mio. DM gemacht worden sein. Wie bereits 9 Jahre zuvor, sieht sich die Belegschaft auch diesmal wieder an

der Nase herumgeführt — trotz aller Versprechungen, Zusicherungen und der eigenen Vorleistung im Frühjahr. Die Vertröstung auf einen späteren Zeitpunkt kann auch nicht mehr glaubhaft gemacht werden. Wenn überhaupt noch, dann muß das neue Stahlwerk **jetzt** kommen. Andernfalls werde Dortmund seine Stahlbasis verlieren, und die Hoesch-Hüttenwerke würden dann statt rund 23000 nur noch 10000 bis 13000 Beschäftigte zählen (1960 waren es sogar noch 36000 gewesen).

Die Kommunal- und Landespolitiker beraten über die Notlage

In der Belegschaft macht sich Skepsis breit. Es kursiert der Witz: *„Was ist ein Blasstahlwerk? — Ein Stahlwerk, das vor der Wahl auf- und nach der Wahl abgeblasen wird.“* Manche Stahlarbeiter haben den Neubau auch schon abgeschrieben und hoffen darauf, trotzdem noch mit heiler Haut davonzukommen; konnten nicht bislang immer soziale Härten vermeiden werden? Warum sollten SPD und IG Metall nicht auch diesmal einen annehmbaren Ausweg finden, um doch noch irgendwie über die Runden zu kommen? — Es gibt jedoch auch aktive Kräfte, die sich mit vagen Hoffnungen nicht zufrieden geben und Druck auszuüben versuchen, indem sie sich mit der Forderung *„Stahlwerk jetzt!“* an die gesamte Öffentlichkeit wenden. Zahlreiche Bürgerinitiativen bilden sich, und im Anschluß an eine Vertrauensleuteversammlung ziehen am 31. Oktober 1980 1500 Stahlarbeiter zur Aufsichtsratssitzung von Hoesch und fordern den Stahlwerksneubau. Der Hoesch-Aufsichtsrat hält die Dortmunder Stahlarbeiter zunächst hin, aber schon eine Woche später winkt die Estel-Konzernleitung wieder ab. Sie stellt kurz darauf sogar unmißverständlich klar: *„Selbst bei einer hundertprozentigen Finanzierung des Oxygenstahlwerks aus zinsverbilligten öffentlichen Mitteln könne der betriebswirtschaftliche Aspekt der 500-Millionen-Investition nicht außer acht gelassen werden.“* (»Frankfurter Allgemeine« vom 21. November 1980).

Die sozialdemokratische Politik ist damit an ihre Grenze gestoßen, denn weder Appelle an die »Verantwortung« des Managements für die Dortmunder Wirtschaft noch finanzielle Lockmittel, mit Steuergeldern Hoesch zu Hilfe zu kommen, können die Unternehmensentscheidung beeinflussen, die Stahlerzeugung in Dortmund versiegen zu lassen. — Die SPD-Landes- und Kommunalpolitiker sprechen zwar weiterhin vom *„Erhalt der Stahlbasis in Dortmund“*, aber auch sie haben sich letztlich dem Sanierungsprogramm gebeugt und versuchen stattdessen, die Auswirkungen der Konzernpolitik in erträglichen Grenzen zu halten, d.h. zeitlich zu strecken, sozialpolitisch aufzufangen und mit den Mitteln der Wirtschaftsförderung abzumildern. Wenn der Neubau eines Stahlwerks als Ersatz für die alten SM-Öfen schon nicht mehr möglich ist, so sollte das Unternehmen zumindest ermuntert werden, den Weiterverarbeitungsbereich aufrechtzuerhalten und stärker zu sichern. Nachdem die Vorsitzenden der SPD-Betriebsgruppen noch im Oktober bei der Landesregierung vorstellig geworden sind, läßt Wirtschaftsminister Jochimsen auch durchblicken, *„daß zumindest das Land bei Hoesch-Investitionen künftig großzügig verfahren werde und die bereits bewilligten 120 Millionen Mark zinsverbilligte Kredite auch für den Bereich der Weiterverarbeitung notfalls bereitstellen werde.“* (»Frankfurter Rundschau« vom 8. November 1980).

Der Dortmunder Stadtrat (SPD 52 und CDU 31 Sitze) beiläufig ebenfalls, dem Konzern weitere Vorleistungen anzubieten, um zu retten, was noch zu retten ist. In einer Resolution, die am 6. November einstimmig verabschiedet wird, setzt er sich für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur ein und zählt dazu insbesondere:

- die Sicherung wettbewerbsfähiger Energie für das östliche Ruhrgebiet,
- der Ausbau des Kanalnetzes und der unverzügliche Neubau der Schleuse Henrichenburg,
- der zügige Ausbau des zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens erforderlichen Straßennetzes.

Dem Konzern gegenüber erkennt er unvermindert seine *„Verpflichtung an, auch weiterhin alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die das Unternehmen Hoesch im Weiterverarbeitungsbereich*

A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle

Das rote Gewerkschaftsbuch

1932

„Für Gewerkschaftsmitglieder, die spüren, daß die Organisation nicht nur Versicherung für Notfälle, sondern mehr sein muß, kann das »Rote Gewerkschaftsbuch« eine Orientierungshilfe auch für heute noch auftretende Fragen sein.“
(Aus dem »Vorwort zur Neuherausgabe«)

Vollständiger Nachdruck der Broschüre »Das rote Gewerkschaftsbuch« aus dem Jahre 1932. 192 Seiten, Inhaltsverzeichnis, Einleitung und ein Vorwort zur Neuherausgabe. Kleebebindung, Format 14,5 x 21,0 cm, Preis 6,- DM.

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG
DES STUDIUMS DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

in Dortmund ansiedeln will, unverzüglich zu ermöglichen.“ Zugleich fordert er das Unternehmen auf, seine Pläne offen auf den Tisch zu legen, damit über die weitere Zukunft des Dortmunder Wirtschaftsraums beraten werden kann. — Immerhin ist Dortmund der Konzernpolitik von Hoesch fast völlig ausgeliefert, denn die Hüttenwerke stellen nicht nur das beschäftigungsstärkste Unternehmen, sondern auch den größten Grundbesitzer dar. Die Kommunalpolitik ist deshalb im wesentlichen auf die Konzerninteressen ausgerichtet, und der Verlust von etwa 10 000 Arbeitsplätzen bei Hoesch würde katastrophale Folgen haben. Weitere 40 000 bis 50 000 Arbeitsplätze in der Zuliefererindustrie, im Handel und im Dienstleistungssektor gingen verloren, und die Stadt müßte allein 12 bis 14 Mio. DM an Lohnsummensteuer einbüßen, während zugleich zusätzliche Belastungen von über 100 Mio. DM für Arbeitslosengeld, Sozial- und Mietbeihilfen auf die öffentlichen Haushalte zukämen. Dabei hat die Stadt schon ihren Haushalt für 1980 mit einem Defizit von 25 Mio. DM abschließen müssen, und ihre Verschuldung steigt weiter an.

Die Demonstration vom 28. November

Als vorwiegend kommunales Problem wird auch in der Folgezeit der Sanierungsplan von Hoesch-Estel behandelt. Hinter der Initiative, die Stadtrat und Oberbürgermeister ergreifen, stehen zunächst betriebliche und gewerkschaftliche Aktivitäten der Belegschaft zurück. Obwohl einige Vertrauensleute auf einen Marsch auf Bonn oder Düsseldorf drängen, um auf die Lage der Stahlarbeiter aufmerksam zu machen, wird auf eine örtliche Kundgebung aller Dortmunder Bürger hingearbeitet. Gleichzeitig wird der Termin für eine Protestdemonstration von der IG Metall immer wieder hinausgezögert. Erst nachdem zunächst »Bürgergespräche« in der Innenstadt geführt und über 100 000 Unterschriften gesammelt worden sind (als »Volksbegehren« gewertet), findet am 28. November eine große Demonstration in Dortmund statt, zu der rd. 100 000 Teilnehmer erwartet werden.

Der Aufruf dazu wird zwar breit getragen; neben den Belegschaften der Hoesch-Werke und der IG Metall beteiligen sich auch andere Einzelgewerkschaften (insbesondere ÖTV und HBV), die Bürgerinitiativen, der Stadtrat, die Industrie- und Handelskammer und sogar die leitenden Angestellten von Hoesch. Aber die Mobilisierung in anderen Dortmunder Betrieben bleibt gering; nicht einmal Hoesch-Betriebe außerhalb Dortmunds, die ebenfalls von der Sanierung betroffen sind (Siegerlandwerke in Kreuzthal), werden dazu aufgefordert, ganz zu schweigen davon, daß auch die Belegschaften anderer Stahlbetriebe einbezogen werden. Dafür erhalten alle städtischen Bediensteten dienstfrei, sozusagen als öffentlich besoldete Demonstranten, im Unterschied zu den Hoesch-Arbeitern, die Lohn einbüßen in Kauf nehmen, um geschlossen an der Demonstration teilzunehmen.

Trotzdem erlebt Dortmund am 28. November die größte Arbeiterdemonstration der letzten Jahre, auch wenn mit etwa 70 000 Demonstrationsteilnehmern, die in drei Marschsäulen von den einzelnen Hoesch-Werken in die Innenstadt ziehen, die Erwartungen nicht erfüllt werden und sich an der anschließenden Kundgebung noch weniger beteiligen (rund 40 000), weil viele Stahlarbeiter den Reden von Ministerpräsident Rau, Oberbürgermeister Samtlebe, IGM-Vorstandsmitglied Judith und dem Betriebsratsvorsitzenden Schrade fernbleiben. Von einem »örtlichen Generalstreik«, wie zuvor teilweise angenommen wurde, kann keine Rede sein, und die einheitliche Front (»Eine Stadt kämpft um Hoesch«), die so oft beschworen wurde, erweist sich als brüchig, denn die Einzelhändler haben andere Interessen und wollen am Weihnachtsgeschäft verdienen.

Den Kommunalpolitikern ist jedenfalls der Rücken ausreichend gestärkt, um Minister, Abgeordnete, Gewerkschaftsvertreter, die Konzernleitung und Vertreter zahlreicher Verbände am 18. Dezember zu einer Dortmunder Stahlkonferenz einzuladen, damit über die weitere Zukunft beraten werden kann. Wegen der politischen Brisanz dieser Verhandlungen sind sie nicht öffentlich. Eine Protestdemonstration vor dem Stadthaus kann jedoch erreichen, daß drei Vertrauensleute zugelassen werden. Tatsächlich ist die Lagebeurteilung auch sehr düster, denn in den letzten 25 Jahren wurden allein in Dortmund 50 000 Arbeitsplätze abgebaut, davon etwa 17 000

in den Jahren 1975 bis 1978, hauptsächlich im Bergbau und in der Metallindustrie. Entsprechend hoch kletterte auch die Arbeitslosenziffer. Im November lag sie bereits bei 6,3%, und inzwischen (Februar 1981) hat sie im Stadtgebiet sogar mit 8,1% die höchste Rate im Ruhrgebiet erreicht. Im gesamten Arbeitsamtsbezirk waren 21 800 Arbeitslose gemeldet, denen nur 1977 offene Stellen gegenüberstanden. Der Arbeitsamtsdirektor sieht denn auch für die Stahlarbeiter kaum Ausweichmöglichkeiten auf dem örtlichen Arbeitsmarkt, während sich umgekehrt der Arbeitsplatzabbau, den Hoesch schon im Frühjahr 1980 beschlossen hat, schneller als geplant vollzieht: allein von Ende 1979 bis Ende 1980 sank die Belegschaft der Hüttenwerke von 24 341 auf 22 282. Die Reserven für einen reibungslosen Personalabbau sind damit weitgehend erschöpft, denn nach Werksangaben betrug das Durchschnittsalter aller Beschäftigten bereits Ende 1979 nurmehr 40,3 Jahre bei einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 15,7 Jahren (»Werk und Wir« 3/1980). Zum gleichen Zeitpunkt waren im übrigen 4275 Ausländer bei Hoesch beschäftigt (= 13% der Arbeiterbelegschaft). Auf einer Betriebsraterversammlung am 21. November 1980 mußte der Vorstand deshalb einräumen: »Leider müssen wir davon ausgehen, daß es in Zukunft nicht überall möglich sein wird, den Personalbedarf allein durch das vorzeitige Ausscheiden älterer Mitarbeiter ab Vollendung des 59. Lebensjahres oder durch Nichtersatz der Fluktuation den derzeitigen Gegebenheiten und Verhältnissen anzupassen. Das Potential der Mitarbeiter, die 59 Jahre und älter sind, ist in den Bereichen, wo bereits personelle Anpassungsmaßnahmen durchgeführt wurden, aber weitere Anpassungen notwendig werden, praktisch ausgeschöpft. Außerdem hat die Fluktuation in den letzten Monaten rapide abgenommen« (»Werk und Wir« 1/1981). Kündigungen werden damit bereits ins Auge gefaßt.

Eine endgültige Entscheidung über die Unternehmensplanung stellt die Konzernleitung aber erst für März 1981 in Aussicht. Darin können und wollen die Kommunal- und Landespolitiker auch gar nicht eingreifen, aber sie bieten enorme Vorleistungen an, um Hoesch dazu anzuregen, in Dortmund zu investieren. Sie bekräftigen ihre Kreditzusage, ohne daran arbeitsplatzerhaltende Auflagen zu knüpfen, und sie erklären sich dazu bereit, zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur aufzuwenden. Außerdem soll Dortmund in die höchste Stufe der Wirtschaftsförderung aufgenommen werden.⁴ Auch wenn das Stahlwerk erst 1990 gebaut werden sollte, so soll bereits jetzt der Ausbau der Verkehrswege beschleunigt vorangetrieben werden, und um die Energieversorgung sicherzustellen, soll auch das Atomkraftwerk in Hamm-Uentrop so schnell wie möglich ausgebaut werden.⁵

Was kommt auf die Stahlarbeiter in Dortmund zu?

Nach der 2. Sitzung der Dortmunder Stahlkonferenz am 30. Januar 1981 werden schließlich die Beratungen abgeschlossen, um abzuwarten, bis das Unternehmensprogramm vorliegt. Noch im Dezember war allerdings bekanntgeworden, daß das Werk Union bis Ende 1981 und das Werk Phoenix 1987 geschlossen werden soll. Unmittelbar vor der Hoesch-Aufsichtsratsitzung am 5. Februar wird sogar gemeldet, daß das Werk Phoenix schon früher als geplant, nämlich bis 1985, stillgelegt werden soll, und nur als Ersatz für das Blasstahlwerk in diesem Werk soll bis 1990 auf dem Werk Westfalenhütte, auf das die gesamte Produktion zusammengezogen werden soll, ein kleines Stahlwerk (4 Mio. t jährlich) gebaut werden. Der Ausverkauf von Hoesch beginnt.

Am 5. Februar findet morgens eine außerordentliche Vertrauensleutevolllversammlung aller drei Hoesch-Werke statt, und in einer Entschließung wird zum wiederholten Male der Stahlwerksneubau als Ersatz für die alten SM-Öfen gefordert. Anschließend ziehen rund 1000 Vertrauensleute zur

⁴ Was daraus wird, zeigt das Schicksal von Gevetex. Vgl. den Artikel »GEVETEX wird stillgelegt«.

⁵ Sowohl Hoesch wie die Stadt argumentieren ständig mit den hohen Energiekosten, um den Ausbau des Atomkraftwerks zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig erscheinen zu lassen. Aber gerade ohne das neue Stahlwerk wird es erst notwendig, mehr Energie zu erzeugen, denn die Stahlblöcke in den Walzwerken können bislang noch mit dem Gichtgas angewärmt werden, das in den Hochöfen abfällt, während bei einer Beschränkung auf die Weiterverarbeitung das Aufheizen angelieferter Brammen sehr energieaufwendig würde.

Hauptverwaltung, wo zur gleichen Zeit der Aufsichtsrat tagt. Eine Delegation kehrt aber unverrichteter Dinge zurück, weil der Aufsichtsrat erst am 28. März in Holland seine Entscheidung treffen will. Die Vertrauensleute sehen in ihrer friedlichen Protestdemonstration eine letzte Warnung: *»Zweimal sind wir organisiert und friedlich gekommen. Das passiert ein drittes Mal nicht mehr.«* – Erst jetzt entwickelt sich allmählich auch mehr als nur Enttäuschung und Unruhe. Ansätze wirklicher Kampfbereitschaft zeichnen sich ab. Am 9. Februar legen 150 Arbeiter der Morgenschicht auf dem Werk Union für 1 1/2 Stunden die Arbeit nieder. Sie protestieren damit gegen die Hinhaltetaktik des Unternehmens, fordern den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und verlangen, daß niemand gekündigt werden soll. In einem Arbeitspapier hat der Hoesch-Vorstand nämlich vorgeschlagen, die Ausgleichszahlungen an die ausscheidenden 59jährigen *»Sozialpensionäre«* wegen angeblicher *»Übersorgung«* auf unter 100 % zu kürzen, und außerdem greift er eine entscheidende Kampfposition an, die die Belegschaft vor einem Jahr noch sichern konnte, weil der Sozialplan Entlassungen ausdrücklich vermied; nun will er nicht mehr darauf verzichten, künftig Entlassungen über Kündigungen vorzunehmen, wobei die vorgesehenen Abfindungssummen lächerlich niedrig ausfallen sollen (vgl. genauer REVIER 2/1981, S. 10).

Die Hoffnung der Sozialdemokraten, über einen Sozialplan dem Konflikt den sozialen Sprengstoff zu nehmen, ist damit ebenfalls gefährdet. Wie Arbeitsdirektor Heese erklärt, muß Hoesch auf staatliche Hilfen setzen, denn *»das Unternehmen sei nicht in der Lage, bei weiterem Personalabbau die dafür erforderlichen Mittel aus eigener Kraft aufzubringen«* (*»Westdeutsche Allgemeine«* vom 10. Februar), und die Vorsitzenden der SPD-Betriebsgruppen haben deshalb auch schon bei den Politikern vorgesprochen. Ob diese Mittel zur Verfügung stehen werden, bleibt allerdings mehr als fraglich, nachdem bereits die *»stahltypische Regelung«*, 55jährigen ein vorzeitiges Ausscheiden zu ermöglichen, auf wachsende Kritik nicht nur der Wirtschaftsverbände sondern auch des Bundesrechnungshofs gestoßen ist (*»Westdeutsche Allgemeine«* vom 4. Oktober 1980).

Nachdem der CDU-Bundestagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Gerstein erklärt, selbst die zugesagten 120 Mio. DM für den Stahlwerksneubau stünden im Bundeshaushalt nicht mehr zur Verfügung, kommt es schließlich zu einem zweiten Warnstreik. 150 Arbeiter der Grobblechstraße auf dem Werk Phoenix legen für 2 1/2 Stunden die Arbeit nieder. Die SPD beeilt sich, die CDU-Meldung sofort zu dementieren, denn nur noch an diesen Strohalm, staatliche Finanzmittel einzusetzen, um das Schlimmste zu verhüten, kann sie sich klammern.

Die sozialdemokratischen »Erfolgs-Rezepte« scheitern

Weder Dank- und Bittschriften noch Appelle oder Klagen werden die Probleme lösen, vor denen die Hoesch-Belegschaft steht. Die Konzernleitung läßt sich ebenso wenig davon beeindrucken, wegen *»Vertragsbruch«* verklagt zu werden, wie es der Betriebsratsvorsitzende Schrade angekündigt hat, weil Hoesch seine Zusicherung vom Frühjahr 1980 nicht eingehalten hat. Die Bedingungen, denen die Stahlkonzerne in ihren Planungen unterworfen sind, diktiert der kapitalistische Weltmarkt, und in dem Maße, wie er immer tiefer in die Krise gerät, kann er auch die Lebensexistenz der Stahlarbeiter nicht mehr sichern, und die Möglichkeiten des Interessenausgleichs, also friedlich-kampfloser Verhandlungserfolge, schwinden.

Die Probleme der Dortmunder Hüttenwerke sind schon seit langem bekannt, aber der Sozialdemokratie ist es immer wieder gelungen, mit Hilfe staatlicher Stützungsgelder eine Radikalkur zu verhindern, um damit den *»sozialen Sprengstoff«* auszuräumen. Bis heute ging diese Politik auch noch gut, und die SPD konnte sich rühmen, die *»englische Krankheit«* vermieden zu haben: der Staat sprang in die Bresche und nahm sich über Steuerspritzen der sozialen Probleme an, so daß betriebliche oder überbetriebliche Kämpfe für den Erhalt der Arbeitsplätze nur in Ausnahmefällen (Erwitte, Kalletal) geführt werden mußten. Obwohl die SPD ihr *»Erfolgsrezept«* stets anpries, die Arbeiterschaft damit beruhigte und den Glauben ständig nährte, darüber die

Probleme dauerhaft lösen zu können, lassen sich jedoch die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten nicht außer Kraft setzen. Sie lassen sich in ihrer Wirkung zeitweilig hinauszögern, aber keinesfalls für immer beseitigen, und mit aller Wucht drängen sie jetzt an die Oberfläche und lassen sich kaum noch kaschieren.

Nachdem sich die Sozialdemokratie auch in Dortmund darüber hinwegtäuscht und den Stahlarbeitern ein beruhigendes *»Wahlgeschenk«* nach dem anderen vorgespiegelt hat, kommt für sie jetzt das böse Erwachen. Sie zetert über den *»Wortbruch«* des Hoesch-Vorstands, weil der Arbeitsplatzabbau, den sie stets mitgetragen hat, tiefer und schneller als erwartet erfolgen soll und damit ihre eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt wird. Umso mehr ist sie den Arbeitern gegenüber bemüht, das unermüdliche Wirken der sozialdemokratischen Funktionäre in der Vergangenheit hervorzuheben: *»Diese gesamten Aktivitäten zeigen wieder einmal deutlich: die SPD-Betriebsgruppen haben durch ihre ‚Arbeit im Hintergrund‘, durch unzählige Gespräche und Verhandlungen viel mehr erreicht als alle anderen Gruppen, die sich immer gerne als die ‚wahren Vertreter der Werktätigen‘ bezeichnen. ... Zur Lösung der Probleme haben sie nichts beigetragen. Es besteht sogar die Gefahr, daß sie mit ihren Aktionen die Arbeitsplätze kaputtreden.«* (Flugblatt der SPD-Betriebsgruppen der Hoesch-Werke)

Nach wie vor hat die SPD auch nicht mehr anzubieten, als finanzielle Investitionsanreize zu geben, obwohl sie genau weiß, daß die Stahlkrise darüber nicht zu lösen ist und daß das Sanierungsprogramm der Stahlkonzerne von der Arbeiterschaft weitere Opfer fordern wird. Um Ansätze politischer Zweifel am bestehenden gesellschaftlichen System gar nicht erst aufkommen zu lassen, schweigt sie sich über die Zukunftsaussichten aus, um die Probleme stattdessen örtlich begrenzt zu halten und nur als besonders städtisches Anliegen, nämlich der bedrohten Wirtschaftskraft des Dortmunder Raumes, auszugeben. Infolgedessen ist sie auch nur daran interessiert, sich örtlich Rückendeckung zu verschaffen, indem sie sich eine Lobby schafft, die die unterschiedlichsten sozialen Kräfte in Dortmund zu integrieren sucht. Und um die scheinbare Einheit der *»Bevölkerung«* nicht zu gefährden, dürfen sich die Stahlarbeiter mit eigenen Aktionen auch nicht zu sehr vorwagen; sie könnten sich sonst in den Augen der SPD Sympathien verschmerzen.

Die Trennung nach Städten und Belegschaften steht den Arbeitern noch im Weg

Solange die Hoesch-Belegschaft den Kommunalpolitikern mehr vertraut als ihrer eigenen Kraft, bindet sie sich nicht nur selbst die Hände, sondern läßt sich außerdem noch auseinanderdividieren. Mit denselben Argumenten wie in Dortmund beanspruchen nämlich die Kommunalpolitiker der SPD in Duisburg ebenfalls staatliche Hilfen für *»ihre«* Stahlbasis, selbst wenn es auf Kosten anderer Städte gehen muß. Sie wetteifern um ihre Standortvorteile und um ihre besonders angespannte örtliche Lage und fördern dadurch noch die Trennung zwischen den Belegschaften von Hoesch, Mannesmann, Thyssen und Krupp, die nur noch ihren Betrieb sehen, obwohl sich die Stahlkrise — wenn auch in unterschiedlichen Ausmaß und anderen Erscheinungsformen — auf alle auswirkt. Anstatt eine gemeinsame Abwehrfront gegenüber den Stahlkonzernen aufzubauen, um für den Erhalt der Arbeitsplätze einzutreten, stehen die Stahlarbeiter selbst solange in Konkurrenz zueinander, wie sie sich nur im Schlepptau sozialdemokratischer Kommunalpolitik bewegen.

Trotz ihrer verbalradikalen Äußerungen schießt auch die IG Metall nur nach staatlichen Finanzspritzen und ordnet sich der SPD-Politik unter. Auf der Stahlkonferenz am 22. Januar 1980 hatte sie die Entschliebung gefaßt: *»Die IG Metall sieht in einer Krisenbewältigung nach privatwirtschaftlichem Muster keinen geeigneten Weg im Interesse der Arbeitnehmer. ... Ziel einer sozial verpflichteten Wirtschaft muß vielmehr die planvolle Lenkung der Investitionen sein, um die Kapazitätsentwicklung und die Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen auf die Beschäftigungslage wirksam kontrollieren zu können.«* Damit sieht sie sich zwar zu einer politischen Stellungnahme genötigt, die die Frage nach der Verfügungsgewalt des Kapitals aufwirft, aber da sie die kapitalistischen Bedingungen nicht im geringsten antasten will, läuft die Politik

der IG Metall auch nur darauf hinaus, die Krise in ihren Auswirkungen hinauszuzögern, um einen plötzlichen Sturz mit seinen politisch nicht absehbaren Folgen zu vermeiden. Dem Abbau von Arbeitsplätzen stimmt sie grundsätzlich zu, nur ist sie — wie auch die SPD — bemüht, den Abbau abzufedern und geordnet mitzutragen, selbst um den Preis, die Kollegen dabei von Kampfmaßnahmen (*„unüberlegte Schritte“*) abzuraten.

Die Forderung *„Stahlwerk jetzt“*, die von den aktiven Kräften der Hoesch-Belegschaft aufgestellt wurde, ist Ausdruck des jahrelangen Krebsgangs der Dortmunder Hüttenwerke. Aber weder die SPD noch die IG Metall machen sich dafür tatsächlich stark. Hinter der schwammigen Formel *„Erhalt der Stahlbasis“* ist die sozialdemokratische Lobby schon längst davon abgerückt, um sich allein darauf zu konzentrieren, was unter den gegebenen Umständen, d. h. nach Maßgabe der Investitionsentscheidungen von Estel, noch *„machbar“* ist. Um ihre Arbeitsplätze zu erhalten, werden deshalb die Hoesch-Arbeiter zunächst auf sich selbst gestellt sein, und für diesen Konflikt **müssen sie sich ein Faustpfand sichern: die Werksanlagen, so wie sie jetzt noch bestehen.** Jeder Teilstillegung und jedem weiteren Arbeitsplatzabbau muß schon jetzt Widerstand geleistet werden, denn in dem Maße, wie die Hüttenwerke allmählich demontiert werden, wird auch ihre Kampfposition geschwächt.

Die aktiven politischen Kräfte innerhalb der Belegschaft müssen gleichzeitig versuchen, **auch zu den anderen Stahlwerken Kontakte herzustellen und aufzubauen**, denn nur ein gemeinsames Vorgehen, das kurzfristige, betriebliche Sonderinteressen überwindet und die Interessen der gesamten Arbeiterschaft in den Mittelpunkt rückt, schafft die Voraussetzungen, um den Abwehrkampf auch tatsächlich wirksam aufnehmen zu können. Die britischen Stahlarbeiter haben diesen Weg schon beschritten, und in dieser Beziehung können wir von ihnen lernen! ■

„GEVETEX-Textil in Mengede wird stillgelegt“

Am 18.2.1981 ging die Meldung durch die Zeitungen: Gevetex schließt den Betrieb zum Mai des Jahres. Betroffen sind davon 252 Kollegen. Angesichts der bedrohenden Arbeitslosigkeit in Dortmund von 8% — bedingt durch die Situation bei Hoesch — werden wieder einmal die sozialdemokratischen Bundes- bzw. Landtagsabgeordneten rege und rufen nach staatlichen Subventionen. Eine weitere Zuspitzung der Arbeitslosigkeit kann sich unsere sozialdemokratisch geführte Stadt nicht mehr leisten. Nur: der Ruf nach Staatsgeldern, der diesen Betrieb seit seiner Gründung begleitete, bietet keinen Ausweg mehr, die Arbeitsplätze zu sichern.

1967 wurde dieser Betrieb, damals noch Klöckner-Schott Glasfaser GmbH (Grundkapital 6 Mio. DM — 50% Klöckner Werke AG, Duisburg, und 50% Jenaer Glaswerke Schott und Genossen, Mainz), als Renommierbetrieb der Dortmunder Wirtschaftsförderung auf dem Gelände der ehemaligen Zeche *„Gustav“* gegründet. Als Ausgleich für die durch die Bergbaukrise verlorenen Arbeitsplätze, sollte hier eine Glasindustrie mit 1200 bis 2000 neuen Arbeitsplätzen aufgebaut werden. Diesem Werk sollten Glaswebereien folgen. Die Stadt Dortmund subventionierte erst den Ankauf eines 50 000 qm großen Grundstückes, dann noch weitere 70 000 dazu. Die öffentliche Hand — von Montanunion bis zum Land NRW — gewährten Darlehen und Bürgschaften. Aus Landesmitteln wurden ca. 350 Bergleute in Mainz zu Glasschmelzern umgeschult.

Die Spitzenbeschäftigung des Werkes blieb allerdings bei 440 Kollegen. 1973 kam der Betrieb erstmals in Absatzschwierigkeiten. Der Marktkonkurrent Gevetex Textilglas GmbH, Aachen (100%ige Tochter des französischen Chemieriesen *Companie-de-Saint-Gobain-Pont-a-Mousson*) nutzte die Gunst der Stunde und erwarb 50% der Kapitalanteile. Die Folge war die Verlagerung eines Hauptteils der Produktion, der Forschung und der gesamten Verwaltung nach Aachen. Ein Teil der Kollegen wurde über Sozialplan nach Aachen verlegt. 39 Kollegen wurden mit Abfindungsgeldern entlassen.

1974 schrumpfte dadurch die Belegschaft auf 350. Im Oktober 1974 erfolgte dann die erste Kurzarbeitsphase. Der Schmelzbereich und die Fadenerzeugung wurden ganz stillgelegt, nur die Weiterverarbeitung wurde begrenzt aufrechterhalten. Durch eine weitere Abfindungsaktion wird die Belegschaft zum Jahreswechsel auf 260 Kollegen reduziert. Im Februar 1975 kommt es dann zu den ersten Stilllegungsgerüchten. Der Dreh- und Angelpunkt wird die Investition von 3,5 Mio. DM für eine neue Schmelzwanne, die bereits 1973 gefordert wurde und Produktionsgrundlage dieses Betriebes ist. SPD-Landtagsabgeordneter Wendzinski: *„Mit der Wanne fällt die Entscheidung über Leben und Tod des Werkes“* (WR 20. 2. 1975). Das Werk dementierte die Stilllegung und meldete vorsorglich für 6 Monate Kurzarbeit an. 22% der Belegschaft arbeitete nun überhaupt nicht mehr, der Rest arbeitete höchstens 12 Tage im Monat. Doch die Kurzarbeit dauerte zunächst über ein Jahr. Im Juli 1976 wird nach Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesarbeitsministeriums die Gewährung des Kurzarbeitergeldes bis zu 24 Monate (!) verlängert. Der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Hans Urbaniak (SPD) hat sich dafür eingesetzt. Nach dieser Überbrückungszeit *„hofft man“*, daß die Vollschichtigkeit wieder gewährleistet werden kann.

An der Lage des Werkes ändert sich nichts: weiter Kurzarbeit. Die Anteilseigner Klöckner und Jenaer Glaswerke Schott haben sich inzwischen zurückgezogen und Gevetex hält nun 100% des Dortmunder Werkes. Die Gevetex machte bei einem Umsatz von 130 Mio. DM (1979) 21 Mio. DM Verlust und 1980 8 Mio. DM in den Werken Aachen und Dortmund. Der Marktanteil auf dem Deutschen Glasfasermarkt von rund 60% in besten Zeiten sank auf 35%.

Nach dieser Entwicklung des Werkes Dortmund wird deutlich, warum die Gevetex hier in Dortmund das Werk stilllegen will, obwohl in der letzten Zeit wieder nahe an die Gewinnzone gewirtschaftet wurde. — Sofort nach Bekanntgabe des jetzigen, erneuten Stilllegungsbeschlusses versprach wiederum der SPD-Landtagsabgeordnete Wendzinski, sich für die Belange des Werkes einzusetzen: *„Es gäbe immer Möglichkeiten der Landeshilfe.“* (WR 21. 2. 1981) Er schrieb daraufhin das Landeswirtschaftsministerium an. Die SPD-Bundestagsabgeordneten Urbaniak und Meininghaus haben in einem Fernschreiben an das Bundeswirtschaftsministerium und an die Geschäftsleitung darum **gebeten**, die Stilllegungsabsicht noch einmal zu überdenken.

Nachdem dieses Werk von unseren Steuergeldern im Aufbau subventioniert und über größere Zeiträume von **unseren** Arbeitslosenbeiträgen am Leben gehalten wurde, gehen nun die SPD-Abgeordneten wiederum hin und versuchen, weitere Gelder von den eh verschuldeten öffentlichen Haushalten dem französischen Chemie-Riesen in den Rachen zu schmeißen. Nach Schätzungen des Betriebsrates beliefen sich die Subventionen aus Steuermitteln auf 12 Mio. DM. Doch die Konzerne nehmen staatliche Gelder nur solange, wie sie ihnen nützen (siehe Hoesch). Der französische Chemiekonzern hat sich hier in einen Marktkonkurrenten eingekauft, um langfristig die Konkurrenz auszuschalten (siehe *„Ehe“* Estel und Hoesch). Wenn aus Unternehmersicht die Marktlage es erfordert, zu konzentrieren, müssen Arbeitsplätze vernichtet werden. Da helfen dann auch keine Subventionen und Gebete mehr.

Gegenüber dieser Macht der Unternehmer muß die Kraft der Arbeiterschaft entwickelt werden. Sollen unsere Kinder in den nächsten Jahren hier in Dortmund **nicht** auf der Straße herumlungern, muß die Dortmunder Arbeiterschaft dieser Entwicklung entgegenreten. Ein erster Schritt wäre die Kontaktaufnahme zwischen den Gevetex- und den Hoeschkollegen. — Für die geplante, außerordentliche Belegschaftsversammlung, auf der die Belegschaft ihren Protest zum Ausdruck bringen will, sind die Plakate und Transparente bereits fertig. Auf einem wird zu lesen sein: *„Soll es uns so gehen wie 1933? Hohe Arbeitslosigkeit — Ende der Demokratie.“*

Die Befürchtungen, daß es zu ähnlichen Entwicklungen wie 1933 kommen kann, teilen wir mit den Gevetex-Kollegen.